

Internationalisierung der Jugendkämpfe nötig

Vor der Generalversammlung des Weltbundes der Demokratischen Jugend



Aus 13 Ländern kamen die Vertreter verschiedener Jugendorganisationen, die sich Mitte Juli auf Einladung der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) in Berlin einfanden. Auf dem Treffen der Koordination Europa und Nordamerika (CENA) des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ) ging es um die Vorbereitung der im November anstehenden Generalversammlung des WBDJ.

Im Vordergrund stand jedoch der Austausch über die Krise. In allen Ländern sind deren Auswirkungen auf die Jugend deutlich spürbar. Deshalb richtet sich auch die Arbeit der Jugendverbände vor allem auf die Abwehr gegen eine Abwälzung der Krisenlasten auf junge Arbeiter und Arbeiterinnen, Studierende sowie Schülerinnen und Schüler. Tiago Vieira, Präsident des WBDJ, fasste zusammen, dass die Probleme der Arbeiterklasse in allen Ländern auf das Engste mit der Be-

reicherung der Banken und Unternehmen verknüpft sind. Armut wäre längst auch ein Problem in den Industriestaaten, schon deshalb müssten die Kämpfe intensiviert werden.

Eingeleitet wurde eine Diskussionsrunde über die Krise von der SDAJ, die über ihre „Strike back“-Kampagne berichtete. Mit einer Reihe von Besetzungen und anderen öffentlichkeitswirksamen Aktionen konnte sie im Laufe der Kampagne auf den Widerspruch zwischen den Interessen der Jugend und denen der Banken und Konzerne aufmerksam machen. Über ähnliche Kämpfe und Aktionen, mit denen sich die Jugend den Angriffen des Kapitals entgegenstellt, wurde aus allen vertretenen Ländern berichtet. Nicht nur in Spanien, Portugal und Griechenland, sondern beispielsweise auch in Großbritannien, Frankreich und Österreich hatte es Demonstrationen gegeben. Als Erfolg wurden die Aktionen

insbesondere dort gewertet, wo trotz anfänglicher Zurückhaltung auch die Gewerkschaften in die Proteste einbezogen werden konnten. Leider war das jedoch nicht überall der Fall. Die Kommunisten selbst sind außerdem in ihrem Kampf gegen Privatisierungen, Bildungsabbau und Arbeitslosigkeit zunehmend von Repressionen bedroht. Während in Spanien mehrere Mitglieder der Kommunistischen Partei der Völker Spaniens (PCPE) des Terrorismus angeklagt wurden, werden in Portugal aufmüpfige Schüler und Schülerinnen, der Schule verwiesen.

Etwas anders als im Rest Europas stellt sich die Situation in Zypern dar. Dort konnte die Regierung unter Führung der kommunistischen Partei AKEL durch ihre konsequent anti-neoliberale Politik die schlimmsten Folgen der Krise abwenden. Im Gegensatz zu den Berichten der Genossen aus den anderen Ländern

konnten die Vertreter der zypriotischen Jugendorganisation EDON von Lohn- und Rentenerhöhungen und einem Ausbau der Universitäten berichten. Weitgreifende gesellschaftliche Veränderungen werden jedoch durch die im Parlament stärker vertretene Opposition verhindert.

Einig waren die Jugendvertreter sich darin, dass eine Internationalisierung der Kämpfe notwendig ist. Für das zweite Halbjahr 2011 wurden daher zwei gemeinsame Aktionstage ausgerufen. Der 15. Oktober soll genutzt werden, um noch mehr Menschen in den Kampf gegen die Angriffe auf die Arbeiterklasse einzubeziehen. Bereits am 21. September, dem internationalen Tag für den Frieden, soll die Aggressivität des europäischen Imperialismus insbesondere am Beispiel Libyen angeprangert werden.